ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmerr, Martina

Article

Finanzielle Bildung: Lobbyistischer "Kampf um die Köpfe" oder Verwirklichung eines umfassenden Bildungsanspruchs?

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schmerr, Martina (2021) : Finanzielle Bildung: Lobbyistischer "Kampf um die Köpfe" oder Verwirklichung eines umfassenden Bildungsanspruchs?, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 90, Iss. 1, pp. 95-106, https://doi.org/10.3790/vjh.90.1.95

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/270617

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Finanzielle Bildung: Lobbyistischer „Kampf um die Köpfe“ oder Verwirklichung eines umfassenden Bildungsanspruchs?

MARTINA SCHMERR

Martina Schmerr, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), E-Mail: martina.schmerr@gew.de

Zusammenfassung: Die finanzielle Bildung an Schulen ist umstritten. Zum einen weil sie zum Spielfeld für lobbyistische Interessen gerät, zum anderen weil sich auch prinzipiell die Frage stellen lässt, welche (Einzel) Themen einen herausgehobenen und eigenständigen Ort im Stundenplan haben müssen. Das Thema ruft auch deshalb schulpolitisch und schulpädagogisch begründbare Vorbehalte auf den Plan, weil die Themen und Dimensionen vieler vorliegender Studien, Unterrichtsmaterialien oder Bildungskonzeptionen von einem sehr einseitigen Verständnis ökonomischer Bildung, einem reduzierten Bildungsverständnis und funktionalistischen Zuschreibungen an den schulischen Bildungsauftrag zeugen. Ökonomische (und finanzielle) Probleme sind hingegen stets in Beziehung zu gesellschaftlichen und persönlichen Schlüsselproblemen zu sehen, statt sie einseitig oder monodisziplinär zu behandeln und Schüler*innen auf ihre Rolle als Konsument*innen oder Kund*innen zu reduzieren. Ökonomische und finanzielle Bildung müssen ausgewogen, multiperspektivisch, kontrovers und schülerorientiert sein und zugleich Politik und Wirtschaft, sozialwissenschaftliche und ökonomische Bezüge sinnvoll verbinden. Das gelingt am besten im Rahmen einer sozioökonomischen Bildung.

Summary: Financial education in schools is controversial. On the one hand, because it becomes a playing field for lobbyist interests, and on the other hand, because the question can be raised in principle as to which (individual) topics should have a prominent and independent place in the curriculum. The topic also raises reservations that can be justified in terms of school policy and pedagogy, because the topics and dimensions of many existing studies, teaching materials or educational concepts testify to a very one-sided understanding of economic education, a reduced understanding of education and functionalist attributions to the school’s educational mission. Economic (and financial) problems, on the other hand, should always be seen in relation to key societal and personal problems, instead of treating them in a one-sided or monodisciplinary way and reducing students to their role as consumers or customers. Economic and financial education must be balanced, multi-perspective, controversial and student-oriented, and at the same time meaningfully combine politics and economics, social science and economic references. This is best achieved within the framework of socio-economic education.

→ JEL classification: A20, D14, G53, D72

→ Keywords: financial education, economic education, socio-economic education, education policy, lobbying

Vor vielen Jahren war der Begriff „finanzielle Bildung" traditionell in der Verbraucher- oder Konsumentenbildung verortet und wurde eher von Sparkassen als von Schulen benutzt. Mittlerweile ist die finanzielle Bildung eines von unzähligen Themen, die regelmäßig als schulisches Bildungsdefizit beschworen werden. Der Schulbereich wird zusehends zum Adressaten für die Lösung gesellschaftlicher und sozialer Probleme aller Art. Schulen sollen die gesellschaftliche Spaltung auffangen, rechtsextreme oder andere menschenfeindliche Tendenzen bearbeiten, Gewalt eindämmen helfen, Drogenmissbrauch verhindern, Gesundheitsrisiken verringern, Kinder und Jugendliche zu einem verantwortlichen Mediengebrauch erziehen, den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern, den deutschen Standortvorteil sichern und vieles andere mehr. Dabei schießen auch die Forderungen nach neuen Fächern ins Kraut: Demokratie, Werteerziehung, Toleranz, Suchtprävention, Ernährung, Gesundheit, Informatik, Wirtschaft, Berufsorientierung, Alltagswissen – sogar das Fach „Glück" ist regelmäßig in der Diskussion. Neben der Informatik genießt die Ökonomie – und mit ihr die finanzielle Bildung – auf der „Wunschliste" der Schulfächer das größte Echo in Medien und Politik. Im Streit um neue Bildungsinhalte und Fächer kann jedoch kaum ein Akteur sagen, woher die Stunden dafür kommen sollen. Der feststehende Stundenumfang oder auch die Schulzeitverkürzung an Gymnasien (G 8) lassen nur begrenzt Spielraum für beliebig neue Inhalte, Interessen und isolierte Gegenstände. Im Gegensatz zu den anderen genannten Themen hat die ökonomische Bildung jedoch eine mächtige, finanzstarke Lobby hinter sich. Dass auch die „finanzielle Bildung" mittlerweile wie selbstverständlich als schulischer Auftrag formuliert und mitunter sogar als eigenes Fach gefordert wird, hat nicht zuletzt mit dem zunehmenden Wirtschaftslobbyismus im Schulwesen zu tun.

Cui bono? Finanzielle Bildung als Interessenpolitik

In den letzten zwei Jahrzehnten ließ sich beobachten, wie immer mehr private Akteure versuchen, auf schulische Lerninhalte Einfluss auszuüben. Dazu gehören Privatunternehmen, Stiftungen, Vereine oder Wirtschaftsverbände. Neben den Lehrplanforderungen spielt sich dieser „Kampf um die Köpfe" junger Menschen sehr augenfällig im Bereich der Unterrichtsmaterialien ab. Dabei tun sich Finanzdienstleister und Versicherungskonzerne besonders hervor, dies vermehrt seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007.

Als zentrales Instrument im Diskurs um den Stellenwert und die Zukunft ökonomischer Bildung in der Schule dienen zudem Studien oder Befragungen, die in steter Regelmäßigkeit vor allem jungen Menschen große Wissenslücken beim Thema Wirtschaft und Finanzen bescheinigen. Dass die finanzielle Bildung somit extensiv zum Thema werden solle, wie einschlägige Medien und Interessengruppen dies fordern, ist jedoch ebenso zweifelhaft wie die Themen und Dimensionen, die dabei in den Vordergrund gestellt werden und von einem sehr einseitigen Verständnis ökonomischer Bildung zeugen.

Unter Schlagzeilen wie „35 Millionen finanzielle Analphabeten" ist von gravierenden Fehleinschätzungen die Rede, davon, dass die Rendite von Aktien unterschätzt, jene des Sparbuchs überschätzt und die Notwendigkeit privater Altersvorsorge nicht ernst genommen würden (Mohr 2014). Auch der Bankenverband beklagt in seiner Jugendstudie regelmäßig Wissensdefizite bei Wirtschaft und Finanzen. Dass die meisten Jugendlichen „wissen, was eine Aktie ist, nicht aber, was eine Rendite ist" (Bankenverband 2015), ist ein Hinweis darauf, dass es in vielen Befragungen um schlankes Begriffswissen geht, bisweilen noch um Motivationen oder Einstellungen. Zinses-

zinsrechnung – auch eine gelegentlich beklagte Wissenslücke – steht indessen bereits fest in den Lehrplänen für Mathematik.

Ein weiterer regelmäßiger Befund lautet, dass Jugendliche mehr über Wirtschaft und Geld in der Schule erfahren wollen oder sich sogar ein eigenes Fach dafür wünschen. Warum sich junge Leute sehr für das Thema Geld begeistern lassen, liegt zunächst auf der Hand: Sie suchen ihren Platz im Leben, und vieles, was diesen Platz schöner, lebenswerter und erträglicher macht, kostet Geld. Auch im Alltag vermittelt sich vieles über Geld: Spaß haben, ausgehen, gemeinsam feiern, mobil kommunizieren, Hobbys pflegen, den eigenen Status in der Gruppe verbessern, die eigene Attraktivität steigern, sich kulturell und ästhetisch ausdrücken und inszenieren etc. Die Antworten in derlei Befragungen sind also höchstwahrscheinlich keinesfalls schulpädagogisch oder im Sinne einer umfassenden Lebensplanung, sondern eher alltagsweltlich und situativ begründet. Einen Hinweis darauf gibt ein Studienbefund des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA 2019). Ein *generelles* Interesse an Finanz- und Wirtschaftsthemen sei nicht vorhanden. „Vielmehr entspringt die Hinwendung zu solchen Themen bei Jugendlichen schlichten Notwendigkeiten der Alltagsbewältigung." Also doch lieber ein Fach Alltagswissen? Das DIA kommt jedenfalls zu dem Schluss, dass der Vermittlung von Finanzbildung durch „Hilfe zur Selbsthilfe" oder einen „One-Stop-Shop für Finanzfragen" besser gedient wäre als durch Unterricht. Denkbar wäre etwa, diese Beratungsaufgabe – analog der schulischen Berufsberatung der Bundeagentur für Arbeit – den Verbraucherzentralen zu übertragen, die weniger mit Interessenkonflikten belastet sind als die Finanzdienstleister. Hierzu müssten diese freilich deutlich besser ausgestattet werden.

Schule muss nicht jedes Alltagsproblem lösen helfen. Auch müssen 16-Jährige nicht die Vorteile von Bausparverträgen oder die Unterschiede zwischen Aktien und Obligationen büffeln, wie dies der baden-württembergische Lehrplan für das Pflichtfach Wirtschaft vorsieht. Selbst der Autor des oben zitierten Beitrags in der FAZ (Mohr 2014) resümiert, dass die Geldanlage keine komplizierte Wissenschaft sei. „Vielmehr gibt es banale Grundsätze. Je höher die versprochene Rendite, desto höher auch das Risiko. Der Bankberater ist nur bedingt ein guter Ratgeber, er lebt vom Verkauf teurer Produkte. Und lege nicht alle Äpfel in einen Korb, sondern streue dein Vermögen. Wer das verstanden hat, braucht sich nicht mehr als finanzieller Analphabet zu fühlen." Die Gründe für den lobbyistischen Aufwand liegen also tiefer.

Die Fragwürdigkeit vieler Studien und Befragungen, die die Forderung nach schulischer Finanzbildung „empirisch untermauern" sollen, ergibt sich nicht nur aus den reduzierten Bildungsvorstellungen und den funktionalistischen Zuschreibungen an den schulischen Bildungsauftrag, sondern auch aus der Art der Fragen sowie aus der oberflächlichen Interpretation der Antworten und Befunde. Das Manko an Reflexion wird dabei nicht einmal verschleiert, sondern offenbart sich in der Auswertung selbst. Wenn etwa immer wieder zu lesen ist, dass der Anteil richtiger Antworten auf Fragen zum Finanzwissen in der Regel mit Bildungsgrad, Einkommen oder auch Alter steigt (vgl. z. B. AVL 2016), so ließen sich daraus ganz andere Schlüsse ziehen als gleich ein neues Schulfach einzurichten. Erstens: wer gut lesen und rechnen gelernt hat, ist auch beim Thema Geld in der Regel besser orientiert. Zweitens: Nur wer Geld hat, kann den Umgang damit üben oder weiß über Anlageformen Bescheid. Drittens: Nur wer ein gewisses Alter erreicht hat, wird mit zentralen finanziellen Herausforderungen wie Altersvorsorge, Immobilienerwerb oder Kapitalanlage konfrontiert und stillt folglich vor allem dann seinen konkreten Bedarf an Finanzwissen. Bildungspolitisch betrachtet könnte man also – erstens – ebenso gut die Verbesserung der Lese- und mathematischen Kompetenzen sowie die allgemeine Erhöhung des Bildungsgrads auf die Agenda setzen. Zweitens wäre ebenso gut zu folgern, dass die ungleiche

Verteilung von Chancen, Vermögen und Geld sowie deren Ursachen auf den Lehrplan gehören. Und drittens wäre eine Stärkung der Verbraucherpolitik in Form unabhängiger Beratung und Unterstützung zu erwägen, die anlass- und zweckbezogen Familien und Menschen jeden Alters dabei hilft, sachgerechte finanzielle Entscheidungen zu treffen.

Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie deren Ursachen oder Kosten für die Allgemeinheit fragten die Studien freilich nicht. Als Argument für mehr ökonomische und finanzielle Bildung in der Schule wurde die Krise in der Vergangenheit indessen mitunter in einer Weise bemüht, als hätte sie verhindert werden können, wenn die Anleger bereits in der Schule Wissen über Aktien und andere Geldanlagen erworben hätten. Übersehen wird dabei, dass die Krise ihren Anfang in einem Land hatte, in dem die finanzielle Bildung – zumindest laut OECD – schon strategisch implementiert ist: in den USA (OECD 2013, 6). Eine solch reduzierte Perspektive verschleiert außerdem, dass die gebildeten Finanzeliten die Krise wesentlich verursacht haben. Das befördert politische Blindheit und diskreditiert staatliche Regulierung und politische Gestaltungsmöglichkeiten (Hedtke 2018, 20). Anders gesagt: „Ohne eine kritische Analyse des Finanzmarkts, die dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entspricht, fördert man nicht finanzielle Allgemeinbildung, sondern finanzielle Halbbildung", so Hippe (2011, 74).

Im Schatten der ersten PISA-Studie, die Ende 2001 erstmals erschienen ist, wurde übrigens die „CIVIC-Studie" bekannt, die Deutschland ein offensichtliches Demokratiedefizit bescheinigte. Im internationalen Vergleich zeichneten sich deutsche Achtklässlerinnen und Achtklässler durch den höchsten Grad an Fremdenfeindlichkeit aus. Ihre Bereitschaft zu politischem Engagement lag deutlich unter dem Durchschnitt anderer Länder. Leider hat die Studie damals keinen nachhaltigen Aufschrei hervorgerufen. Die politische Bildung hat in den Jahren danach sogar Federn lassen müssen. Würde man die Bevölkerung nach weiteren Themen befragen – etwa Gesundheit, Recht, Umwelt oder Kultur – träten sicherlich ähnliche Defizite zutage. All diese Bereiche haben jedoch keine vergleichbare Lobby hinter sich, die hoch vernetzt ist und sich die Relevanz der eigenen Themen unter hohem Mitteleinsatz regelmäßig öffentlich bestätigen kann.

Wie der Tweet einer Schülerin die Debatte befeuerte

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen" (FAZ 2015). Mit diesem Tweet hatte eine 17-jährige Schülerin Anfang 2015 eine erhitzte Diskussion über Schule und Bildungsinhalte ausgelöst, die nicht nur, aber auch, den Vertretern der Finanzbildung gelegen kam. Die Forderung nach mehr ökonomischer und finanzieller Bildung stand sofort auf der Agenda. Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) sattelte ein paar Jahre später – anlässlich einer weiteren Umfrage zu ökonomischen und finanziellen Bildungsdefiziten – noch oben drauf: „Wer lernt, Gedichte zu interpretieren, sollte auch den eigenen Handyvertrag verstehen" (INSM 2019).

Bevor die Literaturanalyse diskreditiert und eilfertig neue Schulthemen proklamiert werden, ließen sich die von der jungen Frau formulierten Wissensdefizite durchaus anders erklären als durch das Versagen der Schule. Das Nichtwissen der Schülerin in Sachen Steuern, Miete und Versicherungen liegt zunächst darin begründet, dass sie schlichtweg noch nicht in der Situation ist, eine Steuererklärung anfertigen, eine Wohnung mieten oder eine Versicherung abschließen zu müssen. Sollte sie demnächst einen Ausbildungsvertrag abschließen oder sogar gleich arbeiten und

sollte sie dabei überhaupt in den steuerpflichtigen Einkommensbereich geraten, wird sie feststellen, dass Vieles automatisch geschieht, wie etwa die Anmeldung bei der Sozialversicherung und der Steuereinzug seitens des Finanzamts, und dass eine Steuererklärung in diesem Stadium nicht allzu aufwändig ist. Dass sie bereits mit 18 eine eigene Wohnung anmietet, ist angesichts einschlägiger Statistiken recht unwahrscheinlich. Und selbst wenn, genügt ein Blick in den Mietspiegel, um Wucherangebote zu erkennen. Dass sie eine Haftpflicht- und eine Krankenversicherung braucht, sofern beides nicht über die Eltern läuft, das freilich sollte man ihr sagen. Große Aktiengeschäfte wird sie jetzt ohnehin noch nicht tätigen können. Wenn die Schülerin jedoch – wie viele ihrer Altersgenoss*innen – studiert und erst in einigen Jahren das Elternhaus verlässt, wird sie Vieles, was sie mit 17 über Mieten und Versicherungen oder gar über Geldanlagen gelernt haben könnte, vergessen haben. Und das ist vielleicht auch gut so, denn instrumentelle Informationen hierüber sind nach zehn Jahren nicht mehr viel wert.

Was bleibt also unterm Strich? Was *müssen* Schüler*innen angesichts der genannten Wissenslücken – Steuern, Miete, Versicherungen – für ihre individuellen Lebensentscheidungen lernen? Dass Einkommen steuerpflichtig ist und das Finanzamt dafür zuständig. Dass man den Mietspiegel und unabhängige Organisationen wie den Mieterschutzbund kennen sollte. Dass eine Haftpflichtversicherung von existenzieller Bedeutung ist, der Kauf von Finanzprodukten eine gefährliche Angelegenheit sein kann und dass man eher den Verbraucherzentralen trauen sollte, als Finanzberatern. Dies jedoch ist Wissen, das außerhalb des Stundenplans – informell, über Freunde und Familien oder auch im Rahmen der Verbraucherberatung – erworben werden kann und soll (Engartner 2018).

Schulen haben – im Rahmen ihrer Fächer und fächerübergreifend – einen allgemeinbildenden – keinen funktionalistischen – Auftrag der Berufs- und Arbeitsweltorientierung und der Lebensplanung. Dass sie diesem häufig nur ungenügend gerecht werden, ist bekannt. Vor allem, wenn die Schulzeit ihrem Ende zugeht, haben viele Jugendliche konkrete Fragen zu ihrer Lebensplanung wie auch zu sozialer und ökonomischer Sicherheit. In der Konsequenz müsste dieser Bildungsauftrag konzeptionell gestärkt und weiterentwickelt werden, und zwar in seinen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Bezügen. Der Beitrag der einzelnen Fächer hierzu müsste klarer formuliert und verbindlicher sein. Die Funktion und Systematik von Steuern zum Beispiel sind sozialwissenschaftliche, bisweilen auch mathematische Fragestellungen und gehören als solche in den Unterricht. Das Anfertigen der Steuererklärung hingegen nicht. Auch ein Handy- oder Mietvertrag oder ein Finanzprodukt können zum Unterrichtsthema werden. Aber bitte weder individualistisch noch im Sinne von trockenem Vertragsrecht, oberflächlichem Preisvergleich oder deskriptivem Halbwissen, sondern im Rahmen der Medienbildung, der sozialwissenschaftlichen Fächer oder der Mathematik. Die Schule hätte etwa gute Arbeit geleistet, wenn die jungen Menschen verstehen, was die explodierenden Mieten und die Unsicherheit privater Altersvorsorge mit dem Finanzmarkt zu tun haben und wie stark der Einfluss der Finanzlobby auf Politik und Gesetzgebung ist. In solchem Sinne sollen junge Menschen „stark“ – nicht nur „fit“ – werden, ihre vollen Potenziale entfalten, sich umfassend bilden, Gestaltungsdrang entwickeln, eine Idee davon haben, wie sich Armut und Ungleichheit bekämpfen ließen und die Erkenntnis mitnehmen, dass ein persönliches Scheitern – ob auf dem Arbeits-, Miet- oder Finanzmarkt – immer auch strukturelle, wirtschaftliche und politische Ursachen hat.

Unterrichtsmaterialien und Schulbuchanalysen als Werkzeug von Lobbyisten

Die Schulbuchausgaben sind in den letzten Jahren in allen Bundesländern gekürzt worden und viele Bücher sind nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Da Lehrer*innen stets auf der Suche nach aktuellem Material für ihren Unterricht sind, kann vermutet werden, dass – vor allem kostenlose – Materialien willkommen sind. Mit diesen werden sie in den letzten Jahren überhäuft, auch durch die Finanzindustrie (Kaske und Duffy 2018, Engartner 2019).

Die Universität Augsburg hat im Jahr 2012 880.000 Lehrmaterialien im Internet aufgefunden und schätzte die Dunkelziffer auf etwa eine Million Materialien, die sich an Schulen und Lehrkräfte richten. Dabei sind den Wissenschaftler*innen insbesondere die Produkte von umsatzstarken Unternehmen aufgefallen. So boten von den 20 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland 15 kostenlose Unterrichtsmaterialien an. Viele davon seien ansprechend gestaltet, könnten aber ihren Werbungscharakter kaum verbergen, so ein Befund der Studie. Bei näherer Untersuchung einzelner Materialien stießen die Autor*innen mehrfach auf eine Einseitigkeit, die dem pädagogisch-didaktischen Grundprinzip der Multiperspektivität und Kontroversität widerspreche (Verband Bildungsmedien 2012, Fey et al. 2015).

Auch die Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) attestierte den wirtschaftsnahen Unterrichtswerken signifikant mehr Defizite als anderen Angeboten. Der „Materialkompass"[1] der VZBV hatte hierfür hunderte Materialien ausgewertet. In Differenz zu den Herausgebergruppen „öffentliche Hand" oder „Nichtregierungsorganisationen" erhielt ein Viertel der Unterrichtsentwürfe aus der Wirtschaft lediglich die Note „ausreichend" und zwei Prozent wurden mit „mangelhaft" ausgezeichnet (VZBV 2012). In einer weiteren Untersuchung (VZBV 2014) waren es 20,5 Prozent (ausreichend) und 18 Prozent (mangelhaft). Zu den Angeboten mit schlechten Noten gehörten beispielsweise die Materialien der Stiftung „My Finance Coach" (unter Beteiligung der Unternehmen Allianz, McKinsey, Grey, Haniel und KPMG) sowie die Unterrichtseinheit „Finanzielle Allgemeinbildung" von „Handelsblatt macht Schule", bei der die Deutsche Vermögensberatung AG fachlich Pate stand und das vom VZBV als oberflächlich und einseitig befunden wurde (VZBV 2012). In der späteren Untersuchung (VZBV 2014) gerieten auch das Material „Wirtschaft und Finanzen live" der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG sowie das Finanzdienstleister-Projekt „Geldlehrer" in die Kritik.

Ein weiteres Beispiel für ein interessengeleitetes Produkt ist das Heft „Hoch im Kurs", das vom Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) finanziert wurde. Das Material propagierte einseitig die private Altersvorsorge als alternativlos und adressierte die Schülerinnen und Schüler als Abnehmer verschiedener Produkte des Finanzmarkts, wie die Riester-Rente, Vermögensanlagen oder Investmentfonds. Schließlich ermuntert die Broschüre die Schülerinnen und Schüler, einen Vertreter aus dem Banken- oder Vermögensberatungsbereich einzuladen und mit ihm über Fondssparen und andere Anlageformen zu diskutieren. Diese Art finanzieller Bildung hat „nichts mit politischer, wenig mit ökonomischer und nicht einmal etwas mit kritischer Verbraucherbildung zu tun", so das Urteil eines Experten (Neumaier 2012, S. 64).

Eine Mindestanforderung an Material, das Lehrkräfte überzeugen soll, ist, dass verschiedene Positionen dargestellt werden, wenn ein Thema auch in der Gesellschaft kontrovers diskutiert

1 http://www.verbraucherbildung.de/materialkompass.

wird. Was indessen bei vielen Lehrkräften nicht gut ankommen dürfte, sind einseitige oder manipulative Darstellungen. Um solche handelt es sich, wenn etwa in der Broschüre „Hoch im Kurs" Arbeitsaufträge in Suggestivfragen gepackt werden, die einen naturgesetzlichen Zwang zur Privatisierung der Altersvorsorge nahelegen: „Warum sind sich Experten einig, dass das System [die staatliche Sozialversicherung] auf diese Weise nicht mehr zukunftsfähig ist?" (Hoch im Kurs 2012, 6)

Zahlreiche Materialien zur Finanzbildung verfolgen offensichtlich das Ziel, das durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gestörte Vertrauen in die Märkte und die Finanzindustrie wieder zu stärken. Die Ursachen der Krise werden dabei häufig verzerrt und einseitig dargestellt oder gleich ganz unterschlagen. Auch systemische Risiken der Finanzmärkte werden ausgespart. Viele Unterrichtsvorschläge enthalten kaum Kontroversen oder gesellschaftliche und politische Zusammenhänge. Das entspricht nicht dem schulischen Bildungsauftrag.

Dimensionen wie Demokratie, Humanisierung, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit oder sozialer Zusammenhalt – Werte, die in vielen schulischen Rahmenlehrplänen zu finden sind – drängen sich hingegen besonders beim Thema Ökonomie und Finanzwelt förmlich auf. Gerade die unregulierten Finanzmärkte haben soziale Verwerfungen erzeugt, die tief in das Leben junger Menschen hinein reichen können. Und die private Alterssicherung ist in besonderem Maße der Finanzspekulation, der Krise und der Entwicklung des Zinsniveaus unterworfen. Einige unternehmensnahe Materialien machen eine Beschäftigung mit derlei Dimensionen jedoch allein aufgrund ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Ausrichtung so gut wie unmöglich. Insbesondere den Unterrichtskonzepten zur „finanziellen Allgemeinbildung", die im Rahmen von Public Private Partnerships entstanden sind, stellt Hippe (2011, 70) ein schlechtes Zeugnis aus: sie seien in der Dimension Lebenshilfe viel zu unkritisch und sparten die Dimension der regulierungspolitischen Kritikfähigkeit aus.

Um dem Anliegen nach mehr ökonomischer Bildung Nachdruck zu verleihen, wurden immer wieder auch Schulbücher schlecht geredet. So warf die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung 2010 mittels einer Schulbuchstudie den Lehrwerken eine „marktfeindliche Grundhaltung" vor (Lenz 2010). Eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW 2011) konstatierte ein „begrenztes, oftmals sogar ein marktpessimistisches Bild der Ökonomie" in Schulbüchern. Das renommierte Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung war indessen zu ganz anderen Ergebnissen gekommen und attestierte den Schulbüchern „ein erstaunlich differenziertes Bild der Wirtschaft und unternehmerischen Tätigkeit". Von einer ablehnenden Haltung der Marktwirtschaft gegenüber könne keine Rede sein (GEI 2007). Auch neuere Analysen widersprechen den eingangs zitierten Befunden. Sie konstatieren Defizite in puncto Wissenschaftsbezug, Pluralität und Kontroversität in den Lehrwerken, vor allem aber auch in den Lehrplänen, zugunsten einer harmonischen Darstellung der deutschen sozialen Marktwirtschaft (Hedtke et al. 2019).

Was ist gute ökonomische Bildung und wo hat sie ihren Ort?

Die „finanzielle Bildung" ist überwiegend in der politisch-ökonomischen Bildung und im Lernbereich Verbraucherbildung zu finden. Ökonomische Inhalte spielen außerdem in einer Vielzahl von Fächern eine Rolle: Sachunterricht, Arbeitslehre, Politik, Sozialwissenschaften/Gemeinschaftskunde, aber auch in Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Deutsch sowie Ethik/Religion. Die

Bedeutung und das Stundenvolumen ökonomischer Bildung haben sich nicht zuletzt durch die Einführung von Ankerfächern, wie etwa Politik-Wirtschaft oder Arbeit-Wirtschaft-Technik erhöht. In kaum einer anderen Fächergruppe hat sich strukturell so viel verändert, wie Birgit Weber (2017, 32) analysiert. Zugleich macht sie deutlich, dass etwa das Lernziel des planvollen Umgangs mit Ressourcen in den Fächern mit explizitem Wirtschaftsbezug weitaus mehr behandelt wird als in den politisch-sozialwissenschaftlichen Fächern (ebd., 33). Auch sie plädiert jedoch dafür, dass finanzielle Bildung immer auch eine sozioökonomische politische Bildung sein muss. Bei der Forderung nach mehr ökonomischer Bildung wird also oft übersehen, wie stark diese von den Bundesländern in den letzten Jahren bereits im Lehrplan aufgewertet und systematischer verortet worden ist, nicht zuletzt durch Einführung der oben genannten Fächerverbünde oder Ankerfächer und zumeist zu Lasten der politischen Bildung (z. B. Gökbudak/Hedtke 2018 sowie Weber 2018).

In Baden-Württemberg ging die Einführung des Pflichtfachs Wirtschaft – zum Unmut vieler Fachleute – auf Kosten von Gemeinschaftskunde und Geografie. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die einseitige Ausrichtung der Bildungsstandards an den Wirtschaftswissenschaften sowie die Dominanz wirtschaftsliberaler und an Effizienz ausgerichteter Perspektiven kritisiert. Wissenschaftliche Kontroversen werden ebenso vernachlässigt wie gesellschaftliche, soziale und globale Dimensionen. Schulische Paradigmen wie die Kritikfähigkeit, der Lebensweltbezug und die Interessen von Kindern und Jugendlichen kommen zu kurz. Die Gewerkschaften haben sich vor diesem Hintergrund per Beschluss auf Bundesebene für eine gute und umfassende *sozioökonomische* Bildung ausgesprochen, in der verschiedene Bezugsdisziplinen verzahnt und ökonomische Fragestellungen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen, politischen, kulturellen, technologischen oder ökologischen Dimensionen behandelt werden. Nordrhein-Westfalen geht nunmehr bedauerlicherweise einen ähnlichen Weg wie Baden-Württemberg. (MSB 2020)

Angesichts des verkürzten Bildungs- und Wirtschaftsbegriffs der oben beschriebenen Studien, Materialien und Unterrichtskonzepte für die Schule wäre schließlich zu fragen, was Finanzthemen wirklich zu „Bildung" macht, anstatt zu funktionalistischer Anpassung (Hedtke 2018).

„Schülerinnen und Schüler sollen lernen, eigene Vorstellungen von einem guten Leben und ihren Anforderungen an die Wirtschaftswelt zu entwickeln. Sie müssen mit den wichtigen Problemen der Gesellschaft, der Umwelt und der Wirtschaft konfrontiert werden und unterschiedliche Lösungsstrategien und Handlungsmöglichkeiten kennenlernen." So formulierten es die Gewerkschaften in 2012 (DGB, S. 3). Sie verbinden damit die Anforderung an schulischen Unterricht, dass er ökonomische Probleme in Beziehung setzt zu gesellschaftlichen und persönlichen Schlüsselproblemen, im Sinne einer „besseren ökonomischen Bildung" (Famulla et al. 2011), statt sie einseitig oder monodisziplinär zu behandeln und schlimmstenfalls die Schüler*innen auf ihre Rolle als Konsument*innen oder Kund*innen zu reduzieren.

Die Vertreter*innen der Finanzbildung geben als Bildungsziel nicht selten ökonomische Mündigkeit, Verantwortung und Unabhängigkeit aus. Manchmal auch „Chancengerechtigkeit", was angesichts der (finanziellen und sozialen) Chancenungleichheit aus der Perspektive der Pädagogin zunächst bizarr klingt. Themen, wie etwa der eigenverantwortliche Umgang mit Taschengeld oder der Vergleich von Geldanlagen, reduzieren die Finanzbildung auf praktisches Wissen zur Bewältigung konkreter Lebenssituationen. *Bildung* hingegen würde Geldfragen im Kontext von Gesellschaft und Politik und Fragen behandeln, die Jugendlichen ermöglicht, ihre Orientierung in

der Welt, ihre sozialen Beziehungen, das Zusammenleben und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu reflektieren. (Vgl. Hedtke 2018, 18)

Aus gewerkschaftlicher Sicht kommen bei den meisten vorliegenden Konzepten ökonomischer und finanzieller Bildung insbesondere kritische, kollektive, demokratische und solidarische Sichtweisen und Alternativen zu kurz. Ökonomische Bildung muss hingegen ausgewogen, multiperspektivisch, kontrovers und schülerorientiert sein und zugleich Politik und Wirtschaft, sozialwissenschaftliche und ökonomische Bezüge sinnvoll verbinden. Das gelingt am besten im Rahmen einer *sozio*ökonomischen Bildung. Anregungen, wie diese ausgestaltet werden kann, liefern Hedtke (2018a) oder auch Engartner et al. (2019).

Um einem Sozialwissenschaftler und Didaktiker das Resümee zu überlassen: „Für die sozioökonomische Bildung macht eine separate Finanzbildung keinen Sinn. Das Themenfeld Finanzen ist unverzichtbarer und integraler Bestandteil der Teildomäne Wirtschaft in der Gesellschaft, dem Gegenstandsbereich der sozioökonomischen Bildung. Eine Zerlegung in einzelne Bildungen – etwa Finanz-, Unternehmens-, Beschäftigungs-, Außenwirtschafts-, mikro-, makro-, fiskal- oder wirtschaftspolitische Bildung – würde die sachlichen Zusammenhänge willkürlich auseinanderreißen und wäre für den systematischen Erwerb von wirtschaftlichem Wissen und Können kontraproduktiv“ (Hedtke 2018, 19).

Entscheidend für eine gute Schule ist schließlich die aufgabengerechte Versorgung mit ausgebildeten Lehrkräften und anspruchsvollen Lehrmitteln. Die Verantwortung hierfür liegt in erster Linie bei den Ministerien, die die Schulen angemessen ausstatten und den zunehmenden Lobbyismus und Kommerz an Schulen auf die Agenda setzen müssten (GEW 2020 und VZBV 2020). Dass Unterricht nicht zum Spielfeld für kommerzielle oder einseitige Interessen wird, die den schulischen Bildungsauftrag beschädigen, darauf müssen schließlich auch Lehrkräfte und nicht zuletzt die Anbieter von Materialien zur finanziellen Bildung achten.

Literaturverzeichnis

— AVL Finanzvermittlung (2016): GfK-Studie – Finanzbildung: Jeder 2. fordert mehr Unterricht. Pressemeldung vom 1. 3. 2016. https://www.avl-investmentfonds.de/pressemitteilungen/GfK-Studie+-+Finanzbildung%3A+Jeder+2.+fordert+mehr+Unterricht (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Bankenverband (2015): Jugendstudie 2015 _ Wirtschaftsverständnis, Finanzkultur und Digitalisierung. GfK Marktforschung, Nürnberg, im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken. https://bankenverband.de/newsroom/meinungsumfragen/jugendstudie-2015-wirtschaftsverstaendnis-finanzkultur-und-digitalisierung/ (abgerufen am 29. 12. 2020).
— DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen? Positionspapier, beschlossen vom Bundesvorstand am 04. 09. 2012. https://www.gew.de/schule/oekonomische-bildung/dgb-beschluss-wirtschaft-in-der-schule-was-sollen-unsere-kinder-lernen/ (abgerufen am 29. 12. 2020).
— DIA – Deutsches Institut für Altersvorsorge (2019): „Virtuelle Litfaßsäule“ als Hilfe zur Selbsthilfe. Pressemeldung vom 10. 12. 2019. https://www.dia-vorsorge.de/presse/virtuelle-litfasssaeule-als-hilfe-zur-selbsthilfe/ (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Engartner, Tim (2018): Interview im Rahmen der Expertenserie „Lobbyismus im Klassenzimmer“. BEGEGNUNG 2/2018, 50–53.

— Engartner, Tim (2019): Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus. OBS-Arbeitsheft 100, Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH100_Lobbyismus_Schule.pdf (abgerufen am 4. 02. 2021).
— Engartner, Tim, Gerd-E. Famulla, Andreas Fischer, Christian Fridrich, Harald Hantke, Reinhold Hedtke, Birgit Weber, Bettina Zurstrassen (2019): Was ist gute ökonomische Bildung? Leitfaden für den sozioökonomischen Unterricht. Autoren/Hrsg.: Autorengruppe Sozioökonomische Bildung. Reihe Ökonomie unterrichten. Frankfurt am Main, Wochenschau.
— Famulla, Gerd-E., Andreas Fischer, Reinhold Hedtke, Birgit Weber, Bettina Zurstrassen (2011): Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 12, 48–54.
— FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015): Wie ein Tweet eine Bildungsdebatte auslösen konnte. 16. 1. 2015. https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzwirtschaft/naina-debatte-wie-ein-tweet-eine-bildungsdebatte-ausloesen-konnte-13372015.html (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Fey, Carl-Christian, Eva Matthes und Dominik Neumann (2015): Schulische Bildungsmedien zwischen staatlicher Steuerung und „freier" Selbstregulation. DDS – Die Deutsche Schule, 107 (1), 20–35.
— GEI – Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (2007): Unternehmer und Staat in europäischen Schulbüchern. Deutschland, England und Schweden im Vergleich. Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Dezember 2007. http://www.gei.de/fileadmin/gei.de/pdf/abteilungen/europa/Unternehmer-Staat-Studie.pdf (abgerufen am 29. 12. 2020).
— GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2020): Lobby-Check: Für eine werbe- und lobbyismusfreie Schule. August 2020. https://schule.dgb.de/materialien/++co++7cadebde-3624-11eb-8b28-001a4a160127 (abgerufen am 26. 02. 2021).
— Gökbudak, Mahir und Reinhold Hedtke (2018): Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Didaktik der Sozialwissenschaften Working Papers. Vol 8 1st ed. Bielefeld: Universität Bielefeld. https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2932554 (abgerufen am 26. 02. 2021).
— Hedtke, Reinhold (2018a): Anpassen oder aufklären? Finanzerziehung und sozioökonomische Bildung. GW Unterricht 152 (4). Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 14–30. https://austriaca.at/?arp=0x003a1b52 (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Hedtke, Reinhold (2018b): Das sozioökonomische Curriculum. Reihe Sozioökonomische Bildung; 1. Frankfurt/Main, Wochenschau.
— Hedtke, Reinhold, Patrick Kahle, Henning Middelschulte und Detlef Sack (2019): Die politisch-ökonomische Schulbildung muss dringend reformiert werden. Makronom. Online-Magazin für Wirtschaftspolitik, 26. 3. 2019. https://makronom.de/die-politisch-oekonomische-schulbildung-muss-dringend-reformiert-werden-30276 (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Hippe, Thorsten (2011): Lernen in der Grauzone zwischen Bildung und Werbung? Zur Notwendigkeit einer kritischen Finanzbildung. In: Retzmann, Thomas (Hrsg.): Finanzielle Bildung in der Schule. Schwalbach/Ts., Wochenschau-Verlag, 61–75.
— Hoch im Kurs (2012): Grundbildung für die Sekundarstufe II. Lehrerheft 2012/2013. Hrsg.: Stiftung Jugend und Bildung, Berlin, in Zusammenarbeit mit dem BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.
— INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2019): Ökonomische Bildung. Schulkinder lernen zu wenig über den Umgang mit Geld. Pressemeldung vom 9. 8. 2019. https://www.

insm.de/insm/presse/pressemeldungen/oekonomische-bildung-schulkinder-lernen-zu-wenig-ueber-den-umgang-mit-geld (abgerufen am 29. 12. 2020).
— IW – Institut der deutschen Wirtschaft (2011): Ökonomie: Unbefriedigend. Pressemeldung Nr. 18 vom 18. 5. 2011. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2011/62998/PM_18_Schulbuchanalyse.pdf (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Kaske, Fabian und Felix Duffy (2018): Lobbyismus an Schulen. Einflussnahme auf den Unterricht und was man dagegen unternehmen kann. LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., Köln. https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf#pk_campaign=Schulstudie (abgerufen am 4. 02. 2021).
— Lenz, Justus (2010): Darstellung von Marktwirtschaft und Unternehmertum in Schulbüchern in Deutschland und in der deutschsprachigen Schweiz. Durchgeführt vom Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut in Kooperation mit der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt im Auftrag des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. https://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Zweigniederlassung_Thueringen/Produkte/Studien/Studie_Schulbuecher_Marktwirtschaft.pdf (abgerufen am 26. 02. 2021).
— Mohr, Daniel (2014): Finanzielle Analphabeten. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 2. 2014. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bildung-finanzielle-analphabeten-12820603.html (abgerufen am 29. 12. 2020).
— MSB – Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Ministerin Gebauer: Grundkenntnisse in Wirtschaft und Informatik sind unverzichtbar. Einführung der Fächer Wirtschaft und Informatik an allen Schulformen. Pressemeldung vom 12. 3. 2020. https://www.schulministerium.nrw.de/presse/pressemitteilungen/ministerin-gebauer-grundkenntnisse-wirtschaft-und-informatik-sind (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Neumaier, Peter (2012): Einige Überlegungen zur ‚finanziellen Allgemeinbildung' in Zeiten der Finanzkrise. Pädagogische Korrespondenz, 46, 56–73.
— OECD (2013): Advancing National Strategies for Financial Education. Summary, September 2013. http://www.oecd.org/finance/financial-education/G20_OECD_NSFinEd_Summary.pdf (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Verband Bildungsmedien (2012): Kostenloses Lehrmaterial aus dem Internet: Wird Schule zum Spielball der Lobbyisten? Pressemeldung vom 11. 10. 2012. https://bildungsklick.de/schule/detail/kostenloses-lehrmaterial-aus-dem-internet-wird-schule-zum-spielball-der-lobbyisten (abgerufen am 26. 02. 2021).
— VZBV – Verbraucherzentrale Bundesverband (2012): Qualitätsanalyse von Unterrichtsmaterialien anhand des „Materialkompass Verbraucherbildung". Mai 2012. https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/Bewertungen-Unterrichtsmaterialien-Analyse-2012-05.pdf (abgerufen am 29. 12. 2020).
— VZBV – Verbraucherzentrale Bundesverband (2014): Unterrichtsmaterial unter der Lupe. Wie weit geht der Lobbyismus in Schulen? Eine Qualitätsanalyse von Lehrmaterialien verschiedener Anbieter und Interessensvertreter des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv). 30. 01. 2014. https://www.verbraucherbildung.de/sites/default/files/downloads/2014-01-30_unterrichtsmaterialien_unter_der_lupe_korr.pdf (abgerufen am 29. 12. 2020).
— VZBV – Verbraucherzentrale Bundesverband (2020): Keine Werbung in der Schule. Aktivitäten von Wirtschaft im Bildungsbereich wirksam begrenzen und kontrollieren. Positionspapier der Verbraucherzentralen und des Verbraucherzentrale Bundesverbands e.V., 5. 03. 2020. https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2020/03/11/20-03-05_wirtschaft_in_schule_ak_vz_positionspapier_und_anhang.pdf; (abgerufen am 29. 12. 2020).
— Weber, Birgit (2017): Finanzielle Bildung in der Sekundarstufe I: curriculare Verankerung und Herausforderungen. DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 86 (3), 27–39.

— Weber, Birgit (2018): Ökonomische Bildung in der Sekundarstufe. Eine curriculare Analyse ihrer Relevanz, Inhalte und Kompetenzerwartungen. Frankfurt am Main, Wochenschau Verlag.